

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Gerhard Kaniak, Peter Wurm
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Erster kleiner Schritt für Fairness im Gesundheitssystem –
Basisversorgung statt vollem Leistungszugang für Asylwerber**

eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 13: Bericht des Gesundheitsausschusses über den Bericht der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Zielsteuerung Gesundheit – Monitoringbericht 2025 (Berichtsjahr 2024) inklusive der Stellungnahmen der Landes-Zielsteuerungskommissionen aufgrund der Entschließung des Nationalrates vom 26. April 2013, E 301-NR/XXIV.GP (III-218/390 d.B.) in der 66. Sitzung des Nationalrates, XXVIII. GP, am 25.02.2026

Basis für jeden „Monitoringbericht – Zielsteuerung Gesundheit“ sind die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG „Zielsteuerung-Gesundheit“¹ 2013 sowie deren Folgevereinbarungen.^{2,3} Eines der wesentlichsten Ziele ist die Gewährleistung einer langfristigen Finanzierbarkeit der öffentlichen Gesundheitsausgaben. In den jeweiligen Präambeln wird unter anderem aber auch Folgendes festgehalten:

„Die Verantwortung für den Einsatz der von der Bevölkerung bereitgestellten Steuern und Beiträgen verlangt nach Instrumenten zur Steigerung der Effektivität und Effizienz der Gesundheitsversorgung.“^{1,2,3}

Im Monitoringbericht zur Finanzzielsteuerung Gesundheit 2025 wird im Zusammenhang mit dem partnerschaftliche Zielsteuerungssystem nicht zuletzt betont, dass „die Prinzipien Wirkungsorientierung, Verantwortlichkeit, Rechenschaftspflicht, Offenheit, Transparenz und Fairness im Mittelpunkt“ stünden, „um die qualitativ bestmögliche Gesundheitsversorgung und deren Finanzierung sicherzustellen“.⁴

Um diesen offiziellen und rechtlich verankerten Prinzipien der Effizienz, Wirkungsorientierung und der Verantwortung gegenüber den Beitragszahlern gerecht zu werden, müssen alle Leistungsbereiche des Gesundheitssystems überprüft werden. Hierbei rücken auch die Ausgaben für Asylwerber in den Fokus.

Im Sinne der oben genannten Verantwortung gegenüber den Beitrags- und Steuerzahlern, aber auch der Fairness ist es ein Gebot der Stunde, die medizinischen Leistungen für Asylwerber einzuschränken, was zuletzt auch Bundeskanzler Christian Stocker postuliert hatte:

¹ https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2013_I_200/BGBLA_2013_I_200.pdf (aufgerufen am 23.02.2026)

² https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2017_I_97/BGBLA_2017_I_97.pdf (aufgerufen am 23.02.2026)

³ https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2025_I_1/BGBLA_2025_I_1.html (aufgerufen am 23.02.2026)

⁴ <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/III/218> (aufgerufen am 23.02.2026)

„Daher sage ich auch dazu ganz klar, für Asylwerber soll es künftig eine medizinische Basisversorgung geben, aber nicht mehr den vollen Zugriff auf alle Gesundheitsleistungen.“⁵

Asylwerber, die im Übrigen noch nie ins System einbezahlt haben, künftig auf eine medizinische Basisversorgung – akute Notfälle, Unfälle sowie Entbindungen ausgenommen – zu beschränken, anstatt ihnen den vollen Zugriff auf alle, von der Allgemeinheit finanzierten Gesundheitsleistungen zu gewähren, ist zwar lediglich ein erster kleiner Schritt in Richtung Fairness und Verantwortung gegenüber den heimischen Beitragszahlern, aber er ist notwendig, wenn nicht gar überfällig. Und laut Europarechtler Walter Obwexer⁶ rechtlich durchaus möglich.

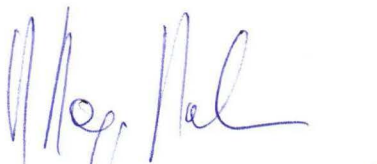
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, wird aufgefordert, umgehend die rechtliche Grundlage dafür zu schaffen, dass es für Asylwerber künftig eine medizinische Basisversorgung geben wird, aber nicht mehr den vollen Zugriff auf alle Gesundheitsleistungen.“


HILANDER


(BELAKOWITZSCH)


(KANIAK)


(LUNZ)


(STEINER)


(LEINWEBER)

⁵ <https://www.heute.at/s/stocker-ansage-nur-noch-basisversorgung-fuer-asylwerber-120159034> (aufgerufen am 23.02.2026)

⁶ <https://www.derstandard.at/story/3000000307099/gesundheitsversorgung-von-asylwerbern-verschlechtern-vorstoss-von-kanzler-stocker-erntet-rot-pinke-abfuhr> (aufgerufen am 23.02.2026)